

**Für uns Gewerkschaften ist der Antikriegstag ein besonderer Tag der Mahnung: Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus! Er ist für uns ein Tag des Erinnerns daran, dass Deutschland angesichts der Menschheitsverbrechen der Nazis besondere Verantwortung für den Frieden trägt. Für uns steht fest: Wenn wir künftig friedlich und sicher zusammenleben wollen, brauchen wir eine Politik, die auf Abrüstung und Entspannung setzt, statt auf Aufrüstung und Abschreckung. Und wir brauchen eine Bundesregierung, die sich dafür mit aller Entschlossenheit einsetzt. Die Weichen dafür werden bei der Bundestagswahl gestellt!**

**Die aktuellen Geschehnisse in Afghanistan führen uns die fürchterlichen Konsequenzen ebenso wie die scharfmacherische Beliebigkeit dieses neuen Block- und Konfrontationsdenkens vor Augen. Die USA begründen den Rückzug ihrer Truppen damit, dass sie sich mit ihrem militärischen Engagement auf die eigentlichen Bedrohungen durch Russland und China konzentrieren müssten. Die Gegner des Rückzugs der NATO und ihrer Verbündeten aus Afghanistan kritisieren, dass dies den wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen Chinas und Russlands in die Hände spielen würde.**

**Wofür Afghanistan aber eigentlich steht, ist das Scheitern einer Politik, die an dem Irrglauben festhält, demokratische Staatlichkeit ließe sich mit militärischen Mitteln durchsetzen. Nach über zwanzig Jahren des Afghanistan-Einsatzes internationaler Truppen unter Führung der USA stehen das Land und seine Menschen am Abgrund. Wirtschaftliche und gesellschaftliche Probleme belasten das Land schwer. Weite Teile der afghanischen Bevölkerung leben noch immer in Armut. Der Westen hat viel zu sehr auf militärische Intervention gesetzt, sich mit fragwürdigen Warlords verbündet und tatenlos zugehört, wie die wechselnden Regierungen in Kabul die bereitgestellten Hilfsgelder in die eigene Taschen wirtschafteten.**

**Opfer dieser gescheiterten Strategie sind nun die Frauen und Mädchen, die zum ersten Mal Zugang zu Schule und Bildung erhielten, die Journalist\*innen unabhängiger Medien, die gegen die weitverbreitete Korruption im Land angingen, und alle Menschenrechtsaktivist\*innen, die sich für ein demokratisches Afghanistan eingesetzt haben.**

**Auch die deutsche Bundesregierung trägt schwere Schuld durch ihren Umgang mit der afghanischen Zivilgesellschaft. Schlaglichtartig verdeutlicht dies ihre Politik der unterlassenen Hilfeleistung für sogenannte „Ortskräfte“ deutscher Einrichtungen. Statt ihnen rechtzeitig die Möglichkeit zur Ausreise zu geben, wurde mit der Parole „2015 darf sich nicht wiederholen“ das Schreckgespenst einer neuen Flüchtlingswelle heraufbeschworen. Und all das, obwohl die afghanischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Ort mit ihren Angehörigen nach der Machtübernahme durch die Taliban um ihr Leben fürchten müssen.**

**Es ist höchste Zeit, das Ruder herum zu reißen!**

**Was wir endlich brauchen, ist eine andere Sicherheitspolitik. Eine Politik der gemeinsamen Sicherheit, die auf Entspannung und Kooperation setzt statt auf Konflikt und Konfrontation. Eine Sicherheitspolitik, die sich auf das Ziel sozialer statt militärischer Sicherheit konzentriert. Eine Sicherheitspolitik, in deren Mittelpunkt Konfliktvermeidung und Krisenprävention stehen. Eine Sicherheitspolitik, die Fluchtursachen bekämpft, statt immer neue Fluchtursachen zu schaffen.**

**Eine solche Politik der gemeinsamen Sicherheit erreichen wir nur durch Abrüstung, nicht durch Aufrüstung. Ständig steigende Militärausgaben lösen keine Probleme – im Gegenteil: Sie halten uns gerade in diesen Zeiten des Wandels davon ab, die drängendsten Probleme zu lösen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu wahren.**

**Wir benötigen die Rüstungs-Milliarden dringend für andere Zwecke. Im Zuge der Corona-Krise haben sich die sozialen Ungleichheiten und die Verteilungskonflikte in unserem Land und weltweit verschärft. Auch jenseits der Auswirkungen der Pandemie zeigt sich, wie sehr wir auf einen starken und solidarischen Sozialstaat angewiesen sind, der über solide Finanzierungsgrundlagen verfügt. Gleichzeitig leben wir, getrieben durch den Klimawandel und durch rasante Fortschritte bei der Entwicklung und dem Einsatz digitaler Technologien, in einer Zeit gewaltiger Umbrüche. Eine sozial gerechte, ökologisch nachhaltige und wirtschaftliche vernünftige Gestaltung der damit verbundenen tiefen Transformation unserer Gesellschaft wird uns nur mit Hilfe massiver Zukunftsinvestitionen gelingen.**

**Deshalb nehmen wir Gewerkschaften die nächste Bundesregierung in die Pflicht: Wir erwarten von allen an der Regierung beteiligten Parteien, dass sie klar Position beziehen — für Abrüstung und Entspannung.**

**Um auch für die Bundestagswahl ein deutliches Zeichen zu setzen, sind wir heute hier. Was wir wollen, ist eine neue Politik der gemeinsamen Sicherheit. „Abrüstung und Entspannung wählen!“ Darum geht es!**